



Rente mit 67 ist richtig

Die Ergebnisse des Berichts zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre führen die CDU-Landesgruppe NRW zu der Einschätzung, an der beschlossenen Anhebung der Regelaltersgrenze festzuhalten. Die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ist notwendig.

Die Anhebung dient der Sicherung des Wohlstands, gewährleistet die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Diese Einschätzung der Bundesregierung fußt insbesondere auf folgenden Entwicklungen:

- Der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich fundamental verändern. Bis zum Jahr 2030 werden viele der geburtenstarken Jahrgänge („Baby-Boomer-Generation“) in den Ruhestand gehen. Die Zahl der 20- bis 64-Jährigen wird aus diesem Grund bis dahin um über sechs Millionen sinken, während die Zahl der 65-Jährigen und Älteren um rund 5,5 Millionen zunehmen wird. Das zahlenmäßige Verhältnis der über 64-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen wird bei eins zu zwei Personen liegen. Heute be-trägt es eins zu drei.
- Bis zum Jahr 2030 werden Männer im Alter von 65 Jahren im Durch-schnitt deutlich über 19 und Frauen fast 23 weitere Lebensjahre erwarten können. Im Vergleich zu heute entspricht dies einem Gewinn von gut zwei Jahren. Neben der steigenden Lebenserwartung nimmt auch die Zahl der beschwerdefreien Lebensjahre zu. Ferner hat sich die soziale Integration und Teilhabe der Älteren in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Die Alten sind heute jung wie nie.
- Aufgrund der Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre kann der Beitragssatz zur Rentenversicherung im Jahr 2030 für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler um 0,5 Prozentpunkte geringer und das Sicherungsniveau für die Rentnerinnen und Rentner um 0,6 Prozentpunkte höher ausfallen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung droht ein Arbeitskräftemangel, der je nach Branche, Qualifikation und Region unterschiedlich ausfallen wird. Älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird im Erwerbsleben deshalb eine wach-sende Bedeutung zukommen. Eine entsprechend positive Entwicklung zeigt sich bereits heute bei der Arbeitsmarkt-beteiligung Älterer. Die Zahl der Erwerbstätigen im Alter zwischen 55 und unter 65 Jahren ist in den letzten fünf Jahren um rund eine Million gestiegen. Die Erwerbstätigenquote der Personen im Alter zwischen 60 und unter 65 Jahren hat sich von rund 20 Prozent im Jahr 2000 bis 2009 nahezu verdoppelt und liegt nach aktuellen Daten von EUROSTAT im zweiten Quartal 2010 bereits bei 41,1 Prozent.



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Der Rückzug der Grünen aus der Koalition in Hamburg ist eine Flucht aus der Verantwortung. Ein wirklich überzeugendes Argument für den Koalitionsbruch fehlt. Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung der Stadt Hamburg und das Ansehen der parlamentarischen Demokratie lassen sich die Grünen in ihrem Handeln - meist auch in außerparlamentarischen Auseinandersetzung wie in Gorleben oder Stuttgart - vor allem von einem machttaktischen Kalkül leiten.


Ihr Rückzug aus der Koalition ist der sichtbare Versuch, das aktuelle Umfragehoch auszunutzen. Doch wenn man nur mit Blick auf die eigenen Umfragewerte Neuwahlen herbeiführt, wird man letztlich bei den Bürgerinnen und Bürgern kein Vertrauen gewinnen. Im Gegensatz zu den Grünen steht die CDU Hamburg dafür, dass Hamburg seine überaus positive Entwicklung fortsetzen kann.

Dass die Grünen aus rein taktischen Erwägungen die gemeinsame Arbeit in Hamburg beenden, reiht sich nahtlos in die Entwicklung der vergangenen Monate ein: Mit den sozialpolitischen Beschlüssen des Freiburger Parteitages ist deutlich geworden, dass innerhalb der Grünen erneut der linke Flügel Konjunktur hat. Wichtige Infrastrukturprojekte gilt es nun bei den Grünen zu verhindern.

So wie in Stuttgart, wo es eigentlich für die Grünen nun keinen Grund mehr geben dürfte, den Protest auf der Straße weiter fortzusetzen. Sie selbst haben Heiner Geißler für die Schlichtung vorgeschlagen und sollten das Ergebnis jetzt konstruktiv und sachlich bei der weiteren Entwicklung des Projekts mittragen. Heiner Geißler hat der Forderung nach einem Volksentscheid eine klare Absage erteilt. Die Sowohl-als-auch-Strategie der SPD ist damit ebenfalls gescheitert. Die SPD in Baden-Württemberg muss sich nun entscheiden: Für oder gegen Stuttgart 21 und damit für oder gegen die Zukunft.

Heiner Geißler hat die Gespräche zwischen Befürwortern und Gegnern souverän, kompetent und engagiert geleitet. Mit ihm ist die dringend gebotene Sachlichkeit in die Diskussion zurückgekehrt. Diese Sachlichkeit wünsche ich mir auch bei anderen zur Diskussion stehenden Projekten. Festzuhalten bleibt aber: Momentan ist nur alleine auf die Union verlass.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht

Ihr 
Helmut Brandt MdB

Passgenaue Förderung, starke Vor-Ort-Kompetenz, weniger Langzeitarbeitslose!

„1. Tag der Jobcenter“ in Berlin: Jobcenter der StädteRegion Aachen im direkten Gespräch mit Arbeitsministerin von der Leyen und MdB Helmut Brandt

Mehr Langzeitarbeitslose schneller und nachhaltiger in einen guten Job vermitteln – bessere Chancen für Jung und Alt! Die gemeinsame Zielrichtung war schnell klar beim „1. Tag der Jobcenter“, zu der Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen heute auch Vertreter des Jobcenters der StädteRegion Aachen zu sich persönlich nach Berlin eingeladen hatte.

Beim Termin mit der Ministerin war auch der Leiter der ARGE der StädteRegion, Herr Stefan Graf dabei. Zusammen mit CDU-Bundestagsabgeordneten für die StädteRegion Aachen, Helmut Brandt, freute er darüber, dass die Ministerin die Zielsetzung der neuen Jobcenter erfolgreich umsetzt: Passgenaue Förderung, Vor-Ort-Kompetenz und nicht zuletzt das Prinzip „Hilfe aus einer Hand“! Genau das sind die drei Säulen, auf denen die neuen Jobcenter aufgebaut sind. „Und nicht zu vergessen: Die Kompetenz und das Engagement der Mitarbeiter in den Jobcentern vor Ort!“, wie MdB Brandt mit Blick auf das Jobcenter in seinem Wahlkreis ergänzte. Die Kompetenz, Leistung und Verantwortung der Fallmanager ist es auch, die der Ministerin beim gemeinsamen Termin besonders am Herzen lagen. „Die Mitarbeiter in den Jobcentern sind die starken Partner für die Menschen. Gerade jetzt mit der Reform der Jobcenter und weiteren Maßnahmen, wie zum Beispiel das große Bildungs- und Teilhabepakt für Kinder, eröffnet das neue und große Chancen!“, fügte Brandt bei dem Treffen hinzu.

Im engen Schulterschluss mit CDU/CSU, FDP und sogar Teilen der Opposition gelang Arbeitsministerin Ursula von der Leyen in nur einem Vierteljahr die Jobcenterreform, die parteiübergreifend Zustimmung fand. Jetzt setzte die Bundesarbeitsministerin auch im Dialog mit den Akteuren vor Ort neue Zeichen und lud zum Start der Umsetzung der Reform zum „1. Tag der Jobcenter“ ein. Dabei wurden in Workshops viele Einzelheiten für die ganz praktische Arbeit vor Ort geklärt. „Dies ist ein ungewohnt direkter, aber sehr effektiver Weg des Dialogs, um letztendlich für die

betroffenen Menschen zum Jahreswechsel schnell und gut arbeiten zu können. So können auch die letzten Fragen zu Details ebenso direkt geklärt werden“, freut sich der CDU Bundestagsabgeordnete über die zupackende Art der CDU-Ministerin und ihres Hauses mit dem 1. Jobcentertag. Durch die positive wirtschaftliche Entwicklung erhalten im Bezirk des Jobcenters.



Helmut Brandt übergibt Rote Hand-Abdrücke dem Vorsitzenden an Menschenrechtsausschuss

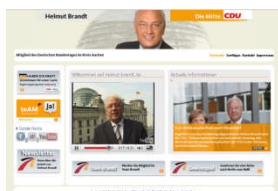
400 Handabdrücke von Monschau nach Berlin



Nach Angaben der Vereinten Nationen sind auf der Welt rund 250 000 Kindersoldaten im Einsatz. Die Mädchen und Jungen werden für die Kriegsziele von Erwachsenen missbraucht. Sie sind Täter und Opfer gleichermaßen. Wenn sie entkommen, leiden sie ihr Leben lang unter einem Trauma. Um auf diesen Missbrauch hinzuweisen, findet seit 2002 jährlich der „Red Hand Day“ statt, der weltweit Aufmerksamkeit auf die Situation von Kindersoldaten macht. Als Symbol des Protestes dient ein persönlicher Rote Handabdruck. Diese Aktion wurde Frühjahr diesen Jahres auch in Monschau durchgeführt. Die Schülerin Sarah Strang hatte zusammen mit anderen Schülerinnen der Monschauer St. Ursula-Realschule im Rahmen eines Projektes mit Thema Kindersoldaten beschäftigt. Dies gab den Abstoß sich an der Aktion Rote Hand zu beteiligen. Die Rote Hand wird unwillkürlich mit einer blutigen Hand verbunden.

Beim Besuch des CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Brandt im Monschauer Rathaus, wurden ihm von Sarah Strang aus Konzen die 400 gesammelten Handabdrücke übergeben, die er mit nach Berlin genommen hat. Diese hat er nun dem Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Herrn Tom Königs (MdB) übergeben. Beide Bundestagsabgeordneten lobten noch einmal die Aktion: „Kindersoldaten darf es nicht geben. Das ist eine Aufgabe für uns alle“, so MdB Helmut Brandt.

Informationen über meine Standpunkte, meine Aktivitäten und mich finden Sie unter anderen auf meiner Homepage:
Facebook.de... MeinVZ.de .. YouTube.de



Impressum:

Ausgabe Nr.: 21 - 21/10 03. Dezember 2010

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472, Fax: 030 / 227-76471
Email: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830, Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.de